

Silvianer Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Bresernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Ankündigungen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billigster Gebühren entgegengenommen. Bezugspreise: Für das Inland vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone.

Nummer 2

Donnerstag den 6. Jänner 1921

3. [46.] Jahrgang

Deutsch-bolschewikisches Bündnis.

(Französische Phantasien.)

Herr Jean Chéradame, der jetzt die Nationalstaaten besucht, berichtet dem *Matin* aus Bukarest recht eigentümliche Feststellungen, die sehr bezeichnend für die Mentalität gewisser französischer Kreise sind. Herr Chéradame will die „Entdeckung“ gemacht haben, daß ein Bund zwischen Deutschen und Bolschewiken besteht, dessen Zweck es ist, alle jene Staatsmänner zu entfernen, die den deutschen politischen Zielen im Wege stehen, und so eine politische Atmosphäre zu schaffen, in der die Nationalstaaten willige Werkzeuge der „heute noch versteckten“, sich aber „schon bald offenbarenden“ Revanchegelüste der Deutschen sein sollen. Die Taktik der Deutschen sei, so behauptet Herr Chéradame, da sie keine Kraft hätten, gegen ihre Feinde anzukämpfen, Zwielpalt zu säen; ihr Mittel sei die Intrige, die in Griechenland bereits für Deutschland wichtige Ergebnisse gezeitigt hat: den Sturz Venizelos', die nur der deutschen Agitation zuzuschreiben sei. Nun, da Venizelos entfernt ist, läme die Reihe an den rumänischen Außenminister Take Jonescu, der ein Dorn im Auge der Deutschen und Gegner der „Wiederauferstehung felernden pangermanischen Politik“ sei.

Seltenerweise will Herr Chéradame in Bukarest wahrgenommen haben, daß in der Politik des rumänischen Königshauses eine Schwelung eingetreten und die Königsfamilie „Helfershelfer“ der deutschen Intrigen sei. Er unterstützt diese merkwürdige Behauptung damit, daß der „germanophile“ Marghiloman täglicher Gast am Hofe sei; aber auch die Vermählung des rumänischen Kronprinzen mit der griechischen Prinzessin Helene sei auf deutschen Einfluß zurückzuführen. Wahrhaftig: diese Heirat wurde von der Berliner Regierung ausgeklügelt! Der Gewährsmann des *Matin* sagt

dies ganz ernst, indem er betont, daß durch diese Verlobung eine große politische Gefahr entstand: eine Enkelin Wilhelms II. soll einmal rumänische Königin werden. Daß diese Gefahr in den Augen des Herrn Chéradame keine kleine ist, zeigt seine Entrüstung, mit der er feststellt, daß diese Verlobung gleichzeitig eine indirekte Anerkennung des Königs Konstantin bedeute, und doch haben die Alliierten in der griechischen Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Rumänien dürfte also, nach der Meinung dieses wackeren Franzosen nur dann und ebenso handeln, wie die Entente. Er macht aber in Bukarest auch die Wahrnehmung, daß die Sympathien für Frankreich in Rumänien sehr stark gesunken sind und daß die französische Kolonie in Bukarest diesen Stimmungsumschwung am eigenen Leibe spürt. Natürlich schiebt er die Schuld an diesem Umstand ebenfalls den deutschen Intrigen zu, wie auch die Zerrüttung des rumänischen Eisenbahnwesens durch die Deutschen verschuldet wurde. Daß heute in Rumänien die wichtigsten Lebensmittelsendungen mittels Pferdewagen befördert werden müssen, weil weder Lokomotiven noch Waggons vorhanden sind, liege daran, daß die Deutschen sämtliches Material mitgenommen haben. Allerdings, schreibt Herr Chéradame weiter, haben auch die Rumänen bei ihrem Vormarsch gegen Budapest sich eine große Anzahl Lokomotiven und Waggons angeeignet, doch sind diese sonderbarerweise, sobald sie in rumänische Hände kamen, unbrauchbar und reparaturbedürftig geworden. Herr Chéradame führt diesen „seltsamen“ Umstand auf die geheime deutsch-bolschewikische Aktion zurück, die Rumänien sowohl wirtschaftlich, als auch militärisch lähmen will, um das Land der bolschewistischen Frühjahrsoffensive wehrlos preiszugeben. Weiter behauptet der französische Beobachter, alle Militärfachleute stimmen darin überein, daß die großangelegten russischen strategischen Bewegungen an der besarabischen Grenze von deutschen Strategen geleitet werden. Deutschland will auf diesem Wege Rumänien von dem Bunde mit der Entente loslösen, um dadurch

auch eine zukünftige deutsch-bolschewikische Aktion gegen Polen zu erleichtern. Rumänien aus der Entente ausgeschaltet, Polen besiegt, die deutschen Sieger in Athen, die Schlussfolgerungen aus dieser Sachlage könne ein jeder Franzose ziehen. Herr Chéradame macht daher die öffentliche Meinung Frankreichs auf diese „deutschen Pläne“ dringend aufmerksam und ruft auch den Rumänen das Warnungswort zu, daß das Gelingen dieser Pläne eine schwere Amputation in Siebenbürgen, Besarabien und an der Donaumündung zur Folge haben würde. Sie sollen also ihren Take Jonescu behalten und weder auf die Königsfamilie, noch auf Marghiloman „hereinfallen“.

Es ist doch gut, daß manchmal französische Journalisten eine Reise nach Südosteuropa unternehmen, denn sonst wäre die große Öffentlichkeit über die weitgehenden außenpolitischen Pläne der deutschen Regierung wahrlich nicht unterrichtet.

Zur Lage in Griechenland.

Die leidenschaftliche Begeisterung, mit der König Konstantin in Athen empfangen wurde, hat sich, wie wir einem Stimmungsbericht aus Griechenland entnehmen, noch immer nicht ausgetobt. Noch sind alle Häuser der Hauptstadt besaggt, noch immer herrscht Jubel und eitel Freude, die auch durch die Nachricht nicht getrübt wurde, daß die Griechen die Südküste des Marmarameeres geräumt haben und daß Kemal Pascha einen neuen Angriff gegen Smyrna vorbereite. Sowohl in politischen Kreisen, wie auch in der öffentlichen Meinung zweifelt man nicht, daß es Griechenland gelingen wird, mit Kemal Pascha rasch fertig zu werden, wenn erst das Verhältnis zu den Alliierten vollauf geklärt sein wird; andererseits, was die Räumung der Marmarakuüste anbelangt, ist man in Athen der Auffassung, daß dies eigentlich kein Verlust sei, denn die finanziellen Kräfte Griechenlands können einen beträchtlichen Teil des gewaltigen Gebietzuwachses nicht ertragen.

Bolschewismus — Weltrevolution.

Fortsetzung.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ist der Bolschewismus der Ausdruck des endgültigen Zusammenbruchs des Imperialismus. Er hat den Weltkrieg als einziger vom Anfang an klar erfaßt, daher auch die erbitterte Gegnerschaft gegen die Opportunisten in den verschiedenen kriegsführenden Ländern. Ebenso weisen die Bolschewiken den Pazifismus zurück. Nach ihrer Ansicht muß jeder kapitalistische Staat auch imperialistisch sein. Der wirkliche Pazifismus ist nur auf sozialistischer Grundlage möglich, daher suchten auch die Bolschewiken in allen Ländern den Weltkrieg in einen Bürgerkrieg überzuleiten, um so die sozialistische Revolution einzuleiten. Dieses Ziel haben die Bolschewiken konsequent verfolgt. Von diesem Gesichtspunkte aus sind auch die Reden ihrer bedeutendsten Führer bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litwsk zu betrachten. Ihrer Ansicht nach kann der Weltfrieden erst kommen, wenn der Sozialismus in allen Ländern gestiftet hat. Bis dahin aber ist die bolschewikische Politik nicht friedlich, sondern sucht die anderen Staaten mit allen Mitteln in die sozialistische Weltrevolution hineinzuziehen. Sie verkünden die Politik der vollständigen Oeffentlichkeit und den Bruch mit allen Geheimverträgen. Die Räteregierung ist entschlossen, keine Papiere aus anderen als militärischen Gründen zu verheimlichen. Daher auch die aufsehenerregende und von der Entente mit solcher Befürzung aufgenommene Veröffentlichung aus den Petersburger Geheimverträgen, welche unwiderleglich dartun, wie die Entente im

Bereine mit dem zaristischen Rußland den Weltkrieg bewußt zum Ausbruch gebracht hat.

Die Bolschewiken haben auch zu dem im Weltkrieg aufgetauchten, in der Folge zu einem ungeheuren Beitrage an den daraus vertrauenden Völkern gewordenen Schlagworte vom „Selbstbestimmungsrechte der Völker“ Stellung genommen. Für sie gilt jede Ausbeutung des Schwächeren durch den Stärkeren als verwerflich. Sie anerkennen die Berechtigung der nationalen Befreiungskriege unterdrückter und ausgebeuteter Völker und lehnen eine bezügliche Unterstützung nicht ab, wobei jedoch die Anrufung der Hilfe der Sowjetrepublik Bedingung ist.

In der für Rußland als überwiegendes Agrarland so wichtigen Agrarfrage fanden die Bolschewiken ein reiches Feld der Betätigung. War doch die Verteilung von Grund und Boden eine über alle Maßen ungerechte. Im Jahre 1912 besaßen 130.000 Großgrundbesitzer fast 100 Millionen Hektar und mehr als 100 Millionen Bauern nur etwas mehr als 1 Hektar Ackerland per Kopf. Als gute Politiker wußten die Bolschewiken die Bauernmassen durch folgende Forderungen für sich aufzunehmen: Umwandlung des gesamten Sondereigentums in Gemeineigentum, Enteignung ohne Entschädigung, Verteilung zur Nutzung durch die lokale Selbstverwaltung.

Als der Staatsreich gelungen war, wurden sofort diese Forderungen in den „Grundrechten des werktätigen Volkes“ in die Praxis umgesetzt und angeordnet:

1. Aufhebung des Privateigentums. Der Boden ist Eigentum des ganzen Volkes, er wird ohne Ablösung den Werktätigen zur Nutzung überlassen;

2. alle Waldungen, Bodenschätze und Gewässer sowie das gesamte lebende und tote Inventar und landwirtschaftlichen Unternehmungen sind nationales Eigentum. In Durchführung dieser Verfügungen haben die Bolschewiken den Begriff der „Dorfbourgeoisie“ ausgebildet und dem „armen Bauern“ gegenübergestellt. Unter ersterer verstehen sie jeden, der mehr produziert, als sein eigenes Existenzminimum erfordert. Arme Bauern aber sind Landarbeiter oder fast ohne Land. Demgemäß schließt das Gesetz über die Komitees der armen Bauern vom Wahlrechte in diese Vertretungen alle Bauern aus, welche Ueberreste von Getreide und Nahrungsmitteln besitzen oder Lohnarbeiter beschäftigen. Auch sonst, namentlich in Bezug auf Verteilung von Getreide, Bedarfsartikeln und Geräten sind die Dorfbourgeois zu Gunsten der armen Bauern weitgehendst entrechtet.

Für die Einzelheiten der Sozialisierung des Grundeigentums ist maßgebend das „Dekret über die Abschaffung des rententragenden Grundeigentums“ vom 8. Jänner 1917. Es bestimmt, daß der Großbesitz, insbesondere der Kronbesitz, der Kirchenbesitz und der private Besitz ohne Entschädigung enteignet wird, während die Länder der einfachen Bauern und Kosaken nicht konfisziert werden sollen. Als Leitfaden für die Durchführung gilt die „Bauerninstruktion über den Boden“ vom 1. September 1917, deren wichtigste Anordnungen folgende sind:

1. Das private Grundeigentum wird für immer abgeschafft. Land kann weder gekauft noch verkauft, noch belastet werden. Alle Güter werden ohne Entschädigung enteignet und zur Nutzung demjenigen übergeben, der sie bebaut;

Die Beziehungen zu der Entente werden nunmehr ihre rasche Regelung finden. Auch in dieser Hinsicht breitet sich eine optimistische Auffassung aus, nicht zuletzt infolge der Tatsache, daß Italien König Konstantin wieder anerkennt, sich jeder Einmischung in die inneren griechischen Angelegenheiten enthält und durch seine Haltung die französische Absicht, die diplomatischen Beziehungen mit Griechenland abzubauen, durchquert hat. „Der finanzielle Zusammenbruch Griechenlands“, den die Venizelisten für den Fall, daß König Konstantin zurückkehrt, vorausgesagt haben, ist nicht eingetreten. Wohl steht der Kurs der griechischen Drachme etwas geringer, aber dieser winzige Valutasturz hat auf das Wirtschaftsleben des Landes bisher keinen Einfluß ausgeübt. Ernste Schwierigkeiten könnten nur dann entstehen, wenn die finanziellen Drohungen der Alliierten wirklich zur Tatsache würden. Doch scheint sich das Sprichwort: „Nichts wird so heiß gegessen, als gekocht“, auch hier bewährt zu haben, denn die Entente würde, falls sie Ernst machen wollte, in erster Linie ihre eigenen Wirtschaftsinteressen gefährden und die Entente-Staatsmänner sind viel zu gute Geschäftsleute, als daß sie sich ins eigene Fleisch schneiden würden.

Daß die Zuvorsicht der politischen Kreise auf einen gütlichen Ausgang der „Affäre“ mit den Alliierten nicht unberechtigt ist, beweist auch die Haltung der venizelistischen Presse, die über die wirklichen Absichten der Entente ausgiebig informiert ist. Die venizelistische, übrigens verschwindend kleine Opposition gibt heute schon resigniert zu, daß von einer ernstlichen und folgenschweren Intervention der Alliierten nicht mehr gesprochen werden kann und daß sich die Entente schließlich mit der vollzogenen Tatsache der Rückkehr des Königs abfinden wird. In ihrer ohnmächtigen Wut setzt jetzt diese Presse die unglaublichsten Nachrichten in die Welt, um so eine Peinlichung in der Bevölkerung herbeizuführen und die Stellung der Regierung zu erschweren. Es wird behauptet, es stehe eine 240.000 Mann starke serbische Armee zum Einmarsch in Griechenland bereit, weiters, daß eine Versöhnung zwischen Frankreich und Kemal Pascha bevorstehe und daß Italien die Absicht hege, Smyrna zu besetzen. Doch glaubt kein Mensch diesen Meldungen und die Venizelisten erreichen durch diese unwürdige Campagne nur, daß von ihnen auch diejenigen abkehren, die an deren Vaterlandsliebe noch geglaubt haben.

Politische Rundschau.

Zuland.

Das neue Kabinett.

Unter dem Eindruck der kommunistischen Bewegung haben sich die radikale und demokratische Partei doch rascher über die Aufstellung der einzelnen Ministerstellen geeinigt als dies unter anderen Um-

2. Bodenschätze wie Bergwerke, Salz, Petroleum, Waldungen und Gewässer werden Staatsbesitz;
3. hochwertige Kulturen dürfen nicht geteilt werden und werden zu Mustergütern des Staates umgewandelt. Boden, auf welchem städtische oder ländliche Gebäude stehen, bleibt in den Händen der bisherigen Besitzer;
4. die Zuchtanstalten werden enteignet und dem Staate zur Nutzung zugewiesen;
5. das Wirtschaftsinventar auf konfiszierten Gütern wird ohne Entschädigung dem Staate zur Nutzung übertragen, ausgenommen das der Bauern;
6. jeder Bürger beiderlei Geschlechtes hat das Recht, den Boden zu bebauen, jedoch nur durch eigene Arbeit. Jede Lohnarbeit ist verboten. Wird ein Mitglied der bäuerlichen Kommune arbeitsunfähig, so müssen die anderen bis zu 2 Jahren seine Versorgung durch Bebauung seines Anteiles übernehmen. Die Arbeitsunfähigen verlieren ihr Nutzungsrecht, erhalten aber vom Staate Pension;
7. Die Nutzungsrechte sind gleich, die Verteilung erfolgt nach kritisch verschiedenen Produktions- und Konsumtionsnormen. Reich der Agrarfond eines Bezirkes nicht für die ganze Bevölkerung aus, so muß der Ueberschuß abwandern. Die Durchführung der Abwanderung ist Sache des Staates, der auch die Kosten trägt.

Hand in Hand mit der Agrarpolitik gehen auch grundstürzende Veränderungen auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der zu erreichende Zweck ist die Vergesellschaftung der gesamten Erzeugung und des Verbrauches. Mit dieser Sozialisierung soll

stünden der Fall gewesen wäre. Das Präsidium und die äußeren Angelegenheiten übernimmt der Radikale Nikolaus Pašić, das Innenministerium der Demokrat Milorad Drašković. Der slowenische Volksstamm ist in der neuen Regierung wieder in der Person des Dr. Kutovec vertreten, welcher sich die soziale Fürsorge vorbehalten hat. Die Ministerstühle für Kultur, Volksgesundheit, Ernährung und Bauten bleiben vorberhand unbefest.

Scharfe Regierungsmaßnahmen gegen die kommunistische Bewegung.

Der Kohlenarbeiterstreik, der von Slowenien seinen Ausgang nahm und sich im Laufe der Entwicklung über ganz Jugoslawien ausbreitete, ist von der wirtschaftlichen Linie immer mehr ins kommunistische Fahrwasser hinüber geglitten. Die Leitung der kommunistischen Partei in Belgrad machte sich die Sache der Kohlenarbeiterzweigen und faßte in einer Beratung am 28. Dezember den Beschluß, in den revolutionären Kampf einzutreten und die Regierungsgeschäfte an sich zu reißen. Dieses Auftreten der kommunistischen Partei beleuchtete wie mit einem Blitzstrahl die Größe der inneren Krise, in welcher sich unser Staatswesen gegenwärtig befindet, und hatte die sofortige Einigung der beiden serbischen Hauptparteien, die sich wegen Besetzung der Ministerstellen in wochenlangen Kämpfen befehdet hatten, zur unmittelbaren Folge. Die neugebildete Regierung hat sogleich scharfe Maßnahmen zur Eindämmung der kommunistischen Bewegung angeordnet. Zeitungen wurden eingestell, Versammlungen verboten, Vereinslokale gesperrt, Schriften beschlagnahmt und kompromittierte Parteimitglieder verhaftet. Wie der amtliche Pressedienst mitteilt, hatten die Kommunisten die Absicht, den Ministerpräsidenten Dr. Vesnić, den Innenminister Drašković, den Kriegsminister Jovanović und den Ackerbauminister Jančević umzubringen, nach Ausführung dieser Attentate dem Thronfolger-Regenten Alexander, den übrigen Ministern und den angesehensten Politikern den Arrest als Aufenthaltsort zuzuweisen. Die Untersuchung hat eine Unmenge von belastendem Material zutage gefördert und ein weitverzweigtes Netz von staatsfeindlichen und revolutionären Organisationen aufgedeckt.

Ruhegebühren der ehemaligen österreichischen Beamten in Jugoslawien.

Nach dem Friedensvertrage von St. Germain ist die deutschösterreichische Republik der Verpflichtung enthoben, jene ehemaligen österreichischen Beamten, welche die jugoslawische Staatsbürgerschaft besitzen bzw. erwerben, die Ruhegebühren auszubehalten. Aber auch Jugoslawien ist nach dem Friedensvertrage nicht verpflichtet, für die Versorgung bzw. Befoldung der Offiziere und Beamten des früheren Regimes aufzukommen. Um das Los dieser Gruppe von Staatsbürgern, welche zuweilen nach langjähriger oder vollendeter Dienstzeit den schwersten Entbehrungen preisgegeben sind, einigermaßen zu

sofort begonnen, diese selbst jedoch schrittweise durchgeführt werden. Grundbedingung für alle folgenden Maßregeln war aber die Verhinderung jeglicher Ausbeutung der Werttätigen durch arbeitslosen Gewinn. Deshalb wurden sofort folgende Maßregeln durchgeführt:

1. Verstaatlichung der Banken, deren Unternehmungen als Staatsmonopol erklärt wurden. Alle Privatbanken wurden mit der Staatsbank vereinigt und deren Vermögen von letzterer übernommen, wobei die Interessen der kleinen Sparer vollständig gewahrt wurden;
2. Annullierung der Staatsanleihen als erster Schlag gegen das internationale Bank- und Finanzkapital zum Zwecke der Beseitigung der Ausbeutung Rußlands durch das ausländische Großkapital;
3. Monopolisierung des Außenhandels, strengstes Verbot jeder Spekulation und Regelung des Innenhandels;
4. Verbot aller Zahlungen auf Coupons und Dividenden und aller Transaktionen in Wertpapieren;
5. Beschlagnahme der privaten Bankguthaben, deren Inhaber über das Kapital nicht verfügen dürfen. Es sind ihnen nur die Zinsen und monatliche Behebungen von 500 bis 1000 Rubel frei;
6. einheitliche Regelung der gesamten Produktion. Zunächst wurden die wirtschaftlich wichtigsten Betriebe sozialisiert, vor allem die Metall- und Kohlenindustrie. Die Vorräte werden den Betrieben nach Maßgabe ihrer Wichtigkeit zugewiesen. Jeder Wirtschaftszweig erhält einen Kredit bei der Staatsbank. Die Mittel hierzu wurden aus der Verstaatlichung der Banken gewonnen. Die einzelnen Kredite werden untereinander verrechnet, die Schecks für die Löhne jedoch bar ein-

lösend, hat, einer Belgrader Meldung zufolge, die Zentralregierung die Frage der Ruhegebühren für Beamte im Verordnungswege geregelt. Danach gewährt der SHS-Staat den Ruhegehalt allen jenen Beamten, welche vor dem Zusammenbruch pensioniert wurden, bzw. den Witwen nach solchen Beamten unter der Bedingung, daß sie jugoslawische Staatsbürger sind bzw. waren. Ausnahmsweise wird die Pension auch an solche Witwen slowenischer Nationalität ausbezahlt, die in Jugoslawien wohnen, deren Gatten aber deutschösterreichische Staatsbürger waren. Beamte slowenischer Nationalität, die zur Zeit des Umsturzes im aktiven Staatsdienste der österreichisch-ungarischen Monarchie standen und bisher vom jugoslawischen Staate noch nicht übernommen wurden, können sich, insofern sie die jugoslawische Staatsbürgerschaft besitzen, um die Erlangung eines Staatsdienstes bzw. um den Genuß des Ruhegehaltes bewerben. Unter den gleichen Umständen können Beamte „fremder“ Nationalität, wozu nach der offiziellen Terminologie auch die bodenständigen Deutschen zu zählen sind, auf die Pension im allgemeinen keinen Anspruch erheben. Zivilbeamte können um Gnabengehalt ansuchen, Offiziere aber grundsätzlich nicht. Offiziere slowenischer Nationalität und jugoslawischer Staatsbürgerschaft, die von einer Landesregierung pensioniert wurden, müssen sich noch einmal um die Aufnahme bewerben; der Staat wird sie entweder im Ruhestand belassen oder im Zivildienste verwenden. Dies gilt auch für solche Offiziere slowenischer Nationalität, deren Ansuchen um Aufnahme seinerzeit abgewiesen wurde. — Wie aus den vorangehenden Mitteilungen hervorgeht, weist die in unserem Staate gesetzlich bestehende Gleichberechtigung keine Nuancen auf, welche allerdings für jene jugoslawischen Staatsbürger, welche das Recht hatten, als Deutsche auf die Welt gekommen zu sein, in manchen Fällen die Erschütterung, wenn nicht Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz bedeuten können.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland.

Die Verhandlungen, welche der deutsche Ministerialdirektor Stockhammer in Belgrad mit der jugoslawischen Regierung führt, sind soweit vorgeschritten, daß der Abschluß eines formellen deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages in naher Sicht steht. In Belgrader Finanzkreisen ist man der Ansicht, daß spätestens Ende Jänner der regelmäßige Warenaustausch zwischen den beiden Staaten beginnen werde. Mit dem Abschluß des Vertrages, welcher im Rahmen eines Kompensations-Abkommens geplant ist, wird der erste Schritt getan sein, um ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und dem SHS-Staate herzustellen. Die Belgrader Regierung hat, wie deutscherseits versichert wird, während des ganzen Verlaufes der bisherigen Verhandlungen den deutschen Wünschen gegenüber größtes Entgegenkommen bewiesen und den Grundsatz der Meistbegünstigung gegenüber Deutschland

gelöst. Alle Betriebe haben täglich ihre Einnahmen ihrem Konto bei der Staatsbank zuzuführen.

7. Monopolisierung der wichtigsten Handelszweige wie Tee, Zucker, Textilwaren, Papier, Schuhwaren und Versicherungswesen;

8. Einheitliche Regelung der Konsumtion. Vorräte und Bedarf wurden registriert und für die Verteilung Konsumtionskommunen errichtet;

9. Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe. Die Kontrolle der Arbeiter erstreckt sich auf den Ein- und Verkauf der Rohstoffe, der erzeugten Produkte und die finanzielle Seite des Betriebes. Sie haben auch bei der Preisfestsetzung mitzuwirken. Das Geschäftsgeheimnis ist abgeschafft. Die Entscheidungen der Betriebsräte sind für den Arbeiter bindend;

10. Regelung der Arbeitszeit. Es wurde der Achtstundentag für alle Unternehmungen in Handel und Industrie eingeführt. Nachtarbeit ist für Frauen und Minderjährige unter 16 Jahren vollständig verboten. Minderjährige unter 14 Jahren dürfen nicht Lohnarbeiter sein, solche unter 18 Jahren bis höchstens 6 Stunden täglich. Für Frauen und Minderjährige sind Überstunden gänzlich verboten;

11. Radikale Lösung der Wohnungsfrage; die städtischen Verwaltungen erhielten das Recht, leerstehende Wohnungen zu sequestrieren und zwecks Einquartierung jener Bürger einzurichten, welche keine Wohnung finden oder in überfüllten Stadteilen wohnen. Als sich diese Maßregeln nicht bewährten, wurden die Wohnungen registriert und nach Bedarf verteilt, die Hausbesitzer aber enteignet.

(Schluß folgt.)

anerkannt. Hierdurch wird der deutsche Kaufmann in Jugoslawien mit allen ausländischen Kaufleuten gleichgestellt und vollauf konkurrenzfähig werden.

Eine Neujahrseppistel des Ministers Dr. Kukovec.

Im neugegründeten Tagblatt Jutro veröffentlicht Minister Dr. Kukovec einen Neujahrbrief an die demokratischen Gesinnungsfreunde, in welchem er die Zukunft der slowenischen Dreimännerpartei im rosigsten Lichte erstrahlen läßt. Und zwar so: Noch niemals hatte die fortschrittliche und demokratische Politik in slowenischen Landen schönere Aussichten als heute. Die Freunde werden mich fragen, wie ich so sprechen oder gar denken kann. Aber ich glaube das wirklich, deshalb spreche ich auch so und deshalb denke ich so. Drei Mandate habet ihr! Trotzdem bleibe ich dabei, was ich geschrieben habe. Wir haben in Slowenien zwar bloß drei Mandate, aber dafür haben wir in Jugoslawien ungefähr 100 und alle diese sind slowenisch ebenso wie sie jugoslawisch sind. Wenn es geschehen könnte, daß wir formell sogar auf bloß ein Mandat herabfielen, obwohl ich vom Gegenteil überzeugt bin, so würde dennoch die Demokratie die maßgebende Macht bei uns bleiben. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen prophezeit Dr. Kukovec den langsamen, aber unaufhaltsamen Zerfall des slowenischen Merkantilismus, und schaufelt gleichzeitig auch der selbständigen slowenischen Bauernpartei, deren Mitglieder sich angeblich voller Enttäuschung schon wieder zur demokratischen Partei zurück orientieren, ein baldiges Grab. — Man wird sich mit diesen Orakelsprüchen des Ministers Dr. Kukovec nicht ernsthaft auseinandersetzen brauchen, da am Silvesterabend die Gepflogenheit des Bleigießens allgemein üblich ist und die Enträtselung der größten Figuren mancherlei Spaß bereitet; aber auffallend ist es immerhin, daß die selbständige Bauernpartei erst seit dem Zeitpunkte, wo sie die politische Führerschaft der demokratischen Partei in schroffer Form öffentlich abgeschüttelt hat, vom Minister Dr. Kukovec mit einem so feindseligen Winde angeblasen wird.

Ausland.

Baldige Uebergabe Westungarns an Deutschösterreich.

Die Wiener Blätter veröffentlichen eine Mitteilung von autorisierter französischer Seite, wonach die Votischastertkonferenz in einer der letzten Sitzungen entschieden habe, daß das ungarische Gebiet, das durch die Verträge von St. Germain und Trianon Deutschösterreich zugewiesen wurde, den Ententemächten übergeben werden soll. Die Großmächte werden diese Gebiete durch Vermittlung der Internationalen Kommission in Debenburg, die durch eine gewisse Anzahl von alliierten Offizieren verstärkt werden soll, alsbald an Deutschösterreich übertragen. Die Votischastertkonferenz hat der Kommission bereits den Auftrag erteilt, die Details der Bedingungen zu studieren, unter denen sich diese Uebertragung so schnell als möglich vollziehen lassen kann, und hat angeordnet, daß ihre Mitglieder in keinem Augenblicke mit administrativen Vollmachten ausgestattet werden. Diese Entscheidung wurde der deutschösterreichischen und ungarischen Regierung zur Kenntnis gebracht.

Slowaken und Tschechen.

In der Tschechoslowenka Republik erörtert der Abgeordnete der slowakisch-katholischen Hlinka-Partei Doktor Buday das Verhältnis der Slowaken zu den Tschechen. Das gegenseitige Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken gliedert in der Frage, ob die Tschechen und Slowaken als eine Nation anzusehen seien. Und hier sei unwiderleglich konstatiert, daß, wenn den Slowaken diese Frage vorgelegt werden würde, die Antwort zu 90% verneinend lauten würde. Das slowakische Volk fühle zwar in dieser seiner gewaltigen Majorität, daß unter allen slowakischen Brüdern der Tscheche ihnen sprachlich am

nächsten stehe, aber was den Charakter anbelangt, bestehe zwischen ihnen ein so großer Unterschied, daß man unmöglich beide Volksstämme als eine Nation bezeichnen könne. Dr. Buday fordert einen selbständigen Landtag für die Slowaken, der auf den Unterschied zwischen dem tschechischen und slowakischen Schulwesen, dem wirtschaftlichen Leben beider Volksstämme und auf die verschiedene Justiz Rücksicht nehmen würde.

Der rumänische Anteil an der deutschen Entschädigung.

Der rumänische Finanzminister Titulescu hat bezüglich des rumänischen Anteils an der deutschen Kriegsentchädigung folgende Lösung gefunden, um auch gleichzeitig die Zahlung der rumänischen Coupons auf dem französischen Markt zu sichern. Rumänien will seinen Anteil der Kriegsentchädigung Deutschlands an Frankreich abtreten und zwar zahlt Rumänien an Frankreich zwei Milliarden. Von dieser Summe könnten nach Ansicht des Finanzministers zugleich auch die verfallenen rumänischen Schatzscheine bezahlt werden, die auf dem Pariser Markt noch im Umlauf sind.

Batikan und Quirinal.

Die römischen Blätter verzeichnen mit Befriedigung die Nachricht, daß der päpstliche Nuntius in Bukarest kürzlich in der dortigen italienischen Kirche an die Mitglieder der italienischen Kolonie eine patriotische Ansprache richtete, in der er die Größe des Vaterlandes pries und die Anwesenden aufforderte, stets gute Italiener zu bleiben. Der Nuntius wurde bei seinem Erscheinen in der Kirche vom italienischen Gesandten, den Mitgliedern der Gesandtschaft und denjenigen des Konsulats begrüßt.

Die neue bolschewikische Offensive.

Aus Polen eingetroffene Nachrichten besagen, daß die Bolschewiken die früher zur Wrangel-Armee gehörenden und anlässlich der letzten Offensive übergegangenen Soldaten konzentrieren. Die Konzentration vollziehe sich hauptsächlich in den Gebieten Kamenez-Podolsk, Mohilew und Odessa. Besonders auffallend sei die Anhäufung estnischer Truppen. Die ganze Anlage der Truppen lasse darauf schließen, daß diese Armee zu einer Frühjahrsoffensive gegen Rumänien bestimmt sei.

Amerika und Japan.

Nach Meldungen Londoner Blätter aus Tokio hat der größte Teil der japanischen Presse den von einem Mitglied des amerikanischen Senats eingebrachten Antrag für die Einschränkung der Rüstungen zur See mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der Mainichi Schimbun Osaka bemerkt, daß die Lage des japanischen Staatshaushaltes äußerst schwierig sei und seine weitere Belastung einen Selbstmord Japans bedeuten würde. Es sei daher eine unabwiesbare Pflicht der Regierung, die Ursachen dieses Zustandes zu beseitigen. Der Jiji Shimpo hofft, daß der amerikanische Senat den Antrag für eine Einschränkung der Marinerrüstungen annehmen werde, da dies das einzige Mittel zu Einstellungen des Wettbewerbs in den Rüstungen bilde. Der Nishinichi Schimbun erklärt, daß die geographische Lage Japans eine vollständige Abrüstung des Landes kaum gestatte, daß aber Japan doch dazu bereit wäre, wenn die Vereinigten Staaten mit dem Beispiel vorangehen wollten.

Aus Stadt und Land.

Die Gemeindezulagen und Zuschläge für das Jahr 1920 wurden, wie der Stadtmagistrat Cilli mitteilt, um 100% erhöht und zwar: auf die Hauszins- und Grundsteuer von 80% auf 160%, auf den Zinsheller von 10% auf 20%, auf die allgemeine Erwerbsteuer von 50% auf 100%, auf die besondere Erwerbsteuer von 60% auf 120%, auf die Rentensteuer von 60% auf

120%, auf den Wasserheller von 6% auf 12% und auf das Wasserpauschale auf 100%. Außerdem wird für das Jahr 1920 ein 10% iger Schulheller vom reinen Zins eingehoben. Soweit die Staatssteuern für das Jahr 1920 noch nicht vorgeschrieben sind, werden die Gemeindezulagen auf Grundlage der Vorschriften für das Jahr 1919 eingehoben. Diese Gemeindebesteuern sind bei der Stadtkasse sogleich zu entrichten.

Geschäftswechsel. Das Geschäft des Herrn Anton Dimek in der Cantargasse (Ringstraße) haben die Herrn Ludwig Petek und Stanislaus Pecovnik, welche eine Spezerei- und Eisenwarenhandlung führen werden, käuflich erworben.

Die Cillier Friseurläden werden in Zukunft an Werktagen von 7 bis 12 Uhr vormittags und von 1 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet sein, an Samstagen bis halb 9 Uhr abends. An Feiertagen werden sie vormittags offen, an Sonntagen den ganzen Tag geschlossen sein.

Die Schemalkaserne ist um den Kaufschilling von 750.000 K in den Besitz der Regierung übergegangen, welche das Gebäude zu einem Invalidenheim verbunden mit einer Invalidenschule umzugestalten beabsichtigt. Die Regierung hat bei diesem „Kauf“ geschäfte ihre Invalidensorge praktisch betätigt, indem sie den bisherigen Eigentümer, den Militärbequartierungsverein, vor eine vollzogene Tatsache stellte.

Hausbesitzerversammlung. Donnerstag, den 30. Dezember 1920, hielt der Verein der Hausbesitzer im Hotel Post (Rebeusegg) eine Versammlung ab, die zahlreich besucht war. Nachdem Herr Bolaušek als Obmann die erschienenen Mitglieder begrüßt hatte, referierte der Obmann des Hausbesitzerverbandes in Laibach, Herr Fröhlich, über das Resultat der Vorstellungen, die von Seite der Hausbesitzer bei der Landesregierung in Laibach erhoben worden waren. Die Regierung beabsichtige, eine Verordnung zu erlassen, die mit 1. Februar l. J. in Kraft treten und eine Erhöhung von 80% zulassen werde. — Herr Dr. Bojic führte aus, daß eine 80% ige Erhöhung des Friedensmietzins zu wenig sei, und beantragte eine Resolution, in welcher die Abschaffung des veralteten und längst überholten Mieterschutzgesetzes verlangt wird. Falls aber dieser Forderung nicht entsprochen werden könnte, so müsse man darauf bestehen, daß die Verordnung über die Mietzinsserhöhung im Einvernehmen mit den Hausbesitzern verfaßt werde, damit der Entrechtung, unter der die Hausbesitzer infolge der in der heurigen Zeit nicht mehr anwendbaren Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes leiden, einigermaßen Grenzen gezogen werden.

Winterportfest. Wie bereits gemeldet, wird der Athletiksportklub am 15. Jänner in den Räumen des Hotels Union ein großes Winterportfest veranstalten, das eines der prächtigsten Vergnügungen des heurigen Faschings zu werden verspricht. Musik: Warburger Südbahnwerkstätte. Beginn 8 Uhr abends.

Richtigstellung. Einer Meldung der Jugoslawija zufolge soll sich Herr Emil Petrovich, Handelsangestellter der Firma Uch, aus unglücklicher Liebe vergiftet haben und ins Allgemeine Krankenhaus gebracht worden sein. Wie wir aus verlässlicher Quelle erfahren, handelt es sich bei dieser Notiz um eine böswillige Entstellung oder um einen schlechten Witz des betreffenden Berichtstatters. Herr Petrovich hatte sich im Kriege eine schwere Herzkrankheit zugezogen, an welcher er noch heute schwer leidet. Am 30. Dezember stürzte er nun auf dem Wege ins Geschäft im Hausflur infolge eines momentan auftretenden Herzkrampfes zusammen und wurde ins Krankenhaus überführt, das er nach anderthalbtägigem Aufenthalt am 31. Dezember wieder verließ.

Ein Studentenbrief aus dem Mutterlande. Die Schwäbische Volkspresse veröffentlicht den Brief eines Banater deutschen Hochschülers aus der Universitätsstadt Tübingen, der u. a. schreibt: Zuerst über unsere Ankunft und Aufnahme an der

Zlatorog Zlatorog

Eine angenehme Erinnerung

an das vergangene Jahr ist für jede Hausfrau die

„GEMSENSEIFE“

Mariborska tovarna mila.




Universität. Wir trafen am 15. Oktober hier ein und meldeten uns am nächsten Tage an der Universität. Als man hörte, daß wir Söhne schwäbischer Kolonisten aus dem Banat sind, kam man uns aufs freundlichste entgegen und unsere Aufnahme war gesichert. Auch versprach man uns, unsere Bitte betreffs Gleichstellung mit den Reichsdeutschen beim Ministerium zu befürworten. Raum waren einige Tage verflossen, erhielten wir schon die Verständigung über die Gleichstellung. Daß Studentenleben hier ist etwas, was das Herz eines jungen Auslandsdeutschen sofort gewinnen muß. Auch mußten wir uns hier an die Pünktlichkeit gewöhnen. Verkehr und Ordnung ist in dem besiegten Deutschland staunenerregend. Zwischen Stuttgart und Tübingen (Entfernung 70 Km) verkehren täglich nicht weniger als 6 Personen- und 2 Schnellzüge. Es kam vor, daß wir in ein Nachbardorf fahren wollten und um 8 Minuten zu spät auf den Bahnhof kamen. Da sagte man uns, der Zug sei schon von der nächsten Station abgefahren, wenn wir aber

45 Minuten gedulden, so kommt der nächste Zug. Und in 45 Minuten — keine Minute früher oder später — war der Zug denn auch da. Was den Lebensunterhalt anbelangt, kann ich folgendes berichten: Die Verpflegung (Kost und Unterkunft) kostet pro Monat 400—500 Mark, ein Paar Schuhe 200—250 Mark, ein Anzug 1000 Mark.

Die Frage der Bezahlung von Inlandshypotheken aus der Vorkriegszeit durch Oesterreich und Ungarn. Der Verband der Bank- und Versicherungsanstalten in Ugram teilte auf eine Anfrage seinen Interessenten den Standpunkt, hinsichtlich der Valuta mit, in welcher Verpflichtungen und Forderungen unserer Staatsbürger gegen Deutschösterreich und Ungarn bezahlt werden sollen. Aus den bezüglichen Artikeln des Friedensvertrages folgt klar, daß alle Forderungen und Schulden, welche zwischen unseren Staatsbürgern einerseits und Angehörigen der österreichischen und ungarischen Republik andererseits bestehen, und die vor Ende Oktober 1918 entstanden sind in unserer Valuta

bezahlt werden müssen, das ist in Kronen-Dinarnoten. Hinsichtlich des KurSES bestimmen die Friedensverträge, daß maßgebend hierfür der mittlere Kurs ist, welchen die Krone oder der Dinar in Genf während zweier Monate vor dem 1. November 1918 hatte. Es hat sich aber gezeigt, daß der Friedensvertrag in diesem Punkte nicht erfüllt werden können. Deshalb wird diese Frage wahrscheinlich auf der Botschafterkonferenz in Paris gelöst werden.

Einfuhr deutschösterreichischer und ungarischer Banknoten nach Jugoslawien. Laut einer Verordnung des Finanzministeriums wird die Einfuhr von Kronenbanknoten der österreichisch-ungarischen Bank, versehen mit deutschösterreichischen oder ungarischen Stempeln, auf das Territorium unseres Königreiches gestattet. Die Einfuhr aller übrigen Kronenbanknoten der österreichisch-ungarischen Bank, gleichgiltig ob sie rein, oder ungestempelt oder mit anderen Stempeln als deutschösterreichischen oder ungarischen versehen sind, wird verboten.

Geschäfts-Anzeige.

Bringe den P. T. Herren zur gefl. Kenntnis, dass ich

Rasieren u. Haarschneiden

ins Haus komme. Uebernehme sämtliche Haararbeiten. Indem ich bitte, mir Ihr geschätztes Vertrauen entgegenzubringen, empfehle ich mich hochachtungsvoll

Amand Pepernik, Friseur
Razlagova ul. (Neugasse) 12, part.

Kolloser Weine

sortiert und unsortiert, in vorzüglicher Qualität, in grösserer Menge empfiehlt Martin Korenjak in drugi, Bukovec 111 pri Ptuju, (Puchdorf bei Pettau).

Einkauf von altem Gold u. Silber

Gold- und Silbermünzen, Steinen und Perlen bei F. Pacchiaffo, Theatergasse Nr. 2.

Tüchtige Bureaukraft

mit Kenntnissen der doppelten und amerikanischen Buchführung, Korrespondent, Stenograph und Maschinenschreiber sucht Stelle per sofort. Gefl. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 26654

Perfekte Hausschneiderin

empfehlte sich den geehrten Damen. Olga Kremet, Nikolaiberg Nr. 27.

Seilbahn-System Bleichert

komplett, vollkommen neu, noch unmontiert, das Förderseil noch auf den Originaltrommeln, für eine stündliche Fördermenge von zwei Waggon gebaut, 6120 Meter lang, samt vollständiges Zubehör wie Benzinmotor, Werkzeuge etc. sofort ab Grazlieferbar. Preis 4,500,000 K deutschösterreich. Valuta. Nähere Auskünfte erteilt A. Stryeck, Graz, Sparbersbachgasse Nr. 49, I.

Feiner Wintermantel

Pelzmantel, Salonkasten, Hängekasten, mehrere Rohrsessel, Glockenspiele für Schlitten, Fischzeug, Otto Luegers Lexikon der gesamten Technik, preiswert zu verkaufen. Herrengasse 20, I.

Erlaube mir die geehrten Kunden aufmerksam zu machen, dass ich alle Ausrüstungsartikel lagernd habe. Erzeugt werden alle Gattungen

Uniformkappen für Militär, Eisenbahner, Polizei, Gendarmerie, Finanz, Post, Aufseher und Feuerwehr nach Vorschrift, sowie alle Arten Herren-, Damen- und Kinder-Sportkappen u.s.w.

Grosse Auswahl in Pelzwaren. Pelzfaçonierungen jeder Art werden nach Wunsch angefertigt, sowie Bestellungen prompt und billigst ausgeführt. Lichte Pelze werden geputzt und über den Sommer zur Aufbewahrung genommen. Rohwaren jeder Art werden gegerbt. **Rohfelle** werden zu Tagespreisen eingekauft.

M. Fröhlich, Kürschnerei und Kappen-Erzeugung
Kralj Petrova cesta (Grazerstrasse) Nr. 11.

Verzinkte Schmiedeisenrohre

gusseiserne Muffenrohre, Abflussrohre, Fittings, gusseiserne Formstücke verschiedener Dimensionen, Flanschen-Wasserschieber 50, 80 und 100 mm, sowie andere Installationsmaterialien, Spengler- und Installationswerkzeuge in kleinen Quantitäten, eventuell auch an einen Generalkäufer abzugeben. Zuschriften erbeten an Ed. Swoboda, Maribor, Trubarjeva ulica Nr. 4.

Zarte echte Perlenschnur

schönes grosses Bild, tadellose weisse Damenabendschuhe zu verkaufen. Adresse in der Verwaltg. d. Bl. 26681

Hohe weisse Damen-Glaceschuhe

Nr. 37 preiswert abzugeben Prešernova ulica (Rathausgasse) Nr. 6, 2. Stock.

Suche Posten als Kontoristin

bin der slowenischen und deutschen Sprache sowie des Maschinenschreibens mächtig. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 26659

Von tiefstem Schmerze erfüllt, geben wir hie-mit Nachricht, dass unsere innigstgeliebte, unver-gessliche teure Mutter

Frau Anna Gradt

Realitätenbesitzerswitwe

heute um 12 Uhr nachts nach kurzem schwerem Leiden, versehen mit den Tröstungen der heiligen Religion, im 50. Lebensjahre verschieden ist.

Das Begräbnis findet Mittwoch den 5. Jänner auf dem Ortsfriedhofe in Laško statt.

Laško, am 3. Jänner 1921.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Auf das schmerzlichste bewegt, gebe ich ge-ziemend Nachricht, dass meine langjährige Ver-käuferin, Fräulein

Käthe Dornig

am 1. Jänner 1921 um 1/7 Uhr abends durch Gottes unerforschlichen Ratschluss plötzlich verschieden ist.

In ihr verliere ich eine treue und hervorragende Kraft, deren Andenken ich stets bewahren werde.

Franz Hoinig

Kaufmann in Pettau.

Statt besonderer Anzeig.

Holzfachmann

wird gesucht zur Führung und Errichtung einer grösseren Holz-unternehmung in Südsteiermark. Säge an der Bahn vorhanden, sowie nötiges Kapital. Es wird nur reflektiert auf erstklassigen Fachmann und Kaufmann, welcher auch Einkäufe zu besorgen hat. Slowenisch und Deutsch notwendig. Kautio erwünscht. Kenntnis des Platzes von Südsteiermark Bedingung. Anträge mit Lebens-beschreibung und Referenzen sind zu richten mit Gehaltsangabe und Prozent der Beteiligung an die Verwaltung des Blattes unter „Holzfachmann 26664“.